

Wahlperiode 2019/2020

03.07.2019

Antrag

der Fraktionen CampusGrün, SDS*, Liste LINKS, harte zeiten – junge sozialisten und Studierendeninitiative

Gesellschaftliche Transformation durch solidarische Persönlichkeitsentfaltung – zum Wohle Aller

AStA-Sofortprogramm für die Legislatur 2019/2020

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Der Widerspruch zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit spitzt sich immer weiter zu und findet seine Entsprechung in politischer Polarisierung: „Fridays For Future“ versus die 100 Konzerne, welche seit 1988 für 71% der globalen Treibhausgase verantwortlich sind; Anti-Austeritäts-Aktivität wie „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ versus profitgetriebene Verletzung des Grundrechts auf Wohnen; unteilbares Engagement für soziale Gleichheit, Flüchtlingssolidarität und Antifaschismus versus politisch und staatlich befördertes Morden vernetzter Nazis. Die zivilgesellschaftliche Aktivität für das Verbot von Atomwaffen (ICAN) und „Abrüsten statt Aufrüsten“ versus NATO-2%-Ziel und Säbelrasseln gegen den Iran. Wir sind in einer Entscheidungssituation: Zivilisation oder Barbarei.

Die Universität hat sich bewusst, ergänzend zum Uni-Leitbild (1998), die Sustainable Development Goals der UN zur Leitlinie gesetzt. Eine Welt ohne Krieg, Hunger und Armut, mit bestmöglicher Gesundheit und sozialem Wohlergehen, mit einem produktiven Mensch-Natur-Austauschverhältnis und der kooperativen Beteiligung Aller an der Schaffung und dem Genuss der Reichtümer der Erde soll der lebendige Inhalt wissenschaftlichen Erkenntnisstrebens in Bildung, Forschung, Lehre, Verwaltung und Selbstverwaltung sein – auch und gerade gegen die am 19. Juli drohende Degradierung zur Exzellenzuniversität.

Aktuell halten wir daher folgende Vorhaben für besonders dringend nötig zu realisieren:

Wissenschaft für eine Welt des Friedens

Als Studierendenbewegung sind wir Teil der Friedensbewegung: Wir wirken weiter für eine **Zivilklausel** im Hamburger Hochschulgesetz und dafür, dass die Wissenschaft ihre Bedeutung bspw. für Abrüstung und zivile Konfliktregulierung wahrnimmt und gesellschaftlich couragiert eingreift. Mit dem „AK Frieden“ wollen wir dazu beitragen, dass alle, die friedensfördernd forschen, lehren und studieren, besser, auch interdisziplinär, zusammenwirken. Wir solidarisieren uns mit den NRW-Studierendenschaften, die ihre landesweite Zivilklausel gegen eine rechte Regierung verteidigen. Wir streiten zusammen mit der „**Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte**“ für einen ausschließlich zivilen Handel über den Hafen und mit der bundesweiten Kampagne „**Abrüsten statt Aufrüsten**“ für eine bessere Finanzierung von Bildung, Sozialem, Gesundheit, Wohnen und ökologischem Umbau statt der Erhöhung der Rüstungsetats. Aufklärung und Mobilisierung zu den Aktionen am Hiroshima-Tag und Antikriegstag (80 Jahre Beginn des 2. Weltkriegs) gehören dazu.

Bedarfsgemäße Finanzierung von Bildung und Wissenschaft zum Allgemeinwohl statt Schuldenbremse

Während allein mit dem Vermögen der 80 reichsten Hamburger Familien alle Ausgaben der Stadt Hamburg für fünf Jahre finanziert werden könnten, wurde der Universität mit der Schuldenbremse zwischen 2013 und 2020 ein kumuliertes Defizit von 96 Mio. € verordnet. Im Herbst stehen die Verhandlungen über den **Haushalt der Stadt für die Jahre 2021/22** an. Die Hochschulvereinbarung muss neu verhandelt werden. Es ist durchzusetzen, dass die Mittel des Hochschulsonderprogramms dauerhafte Strukturen in Lehre und Studium fördern und nicht, wie von der KMK geplant, genutzt werden, um den Leistungsdruck („Regelstudienzeit“) auf Studierende zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wollen wir den Finanzsenator für eine öffentliche Diskussion ins Studierendenparlament einladen.

Wir wirken für die bedarfsgemäße Finanzierung sämtlicher öffentlichen Bereiche und für eine Streichung der Schuldenbremse aus Köpfen und Verfassung: International Solidarisch – Schluss mit Austerität.

Der gesellschaftliche Reichtum ist von der Bevölkerung und nicht von Kapital und Banken produziert. Er muss der Allgemeinheit zugutekommen. Wir haben gemeinsam die Macht dazu, dies durchzusetzen, wenn die solidarische Aktivität ausgeweitet wird. Den Sommer wollen wir dazu nutzen, die Kampagne in der Stadt – auch in den besonders arm gehaltenen und nicht studentischen Ecken – zu verbreiten und neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Außerdem sollen für das Wintersemester Veranstaltungen zur lokal und global zivilisierenden Bedeutung der Aufhebung der Austerität vorbereitet werden. Auch eine kampagnenspezifische Ansprache für die Involvierung der Erstsemester ist zu planen. Wir systematisieren die stadtweite Bekanntmachung des Kinos gegen Austerität, weil es ein besonders inklusiver Bildungsort für internationale Solidarität und Geschichtsbewusstsein ist.

Bildung mündiger Subjekte

Das Studium ist dann bedeutsam und erfreulich, wenn es um die umfassende Bildung der Persönlichkeiten geht: Wenn Inhalt die menschenwürdige Gestaltung der Welt ist und die Kultur entsprechend von solidarischem und kooperativem Lernen bestimmt ist.

Für die deutliche **Reduzierung der Prüfungen**, insbesondere der benoteten, damit Leistungsdruck und Notenkonkurrenz überwunden und der inhaltlich argumentative Austausch in einem wechselseitigen Lehr-Lernverhältnis zwischen den Uni-Mitgliedern bestimmend werden kann; für die Entkoppelung der Prüfungen von einzelnen Lehrveranstaltungen zu Gunsten von „**Prüfunginseln**“, die ermöglichen, studienbegleitende Prüfungen zu eigenständig zu bestimmenden Zeitpunkten und Fragestellungen abzulegen; für die Reformierung der verbleibenden Prüfungen weg von der hierarchischen und

normativen Leistungskontrolle hin zu einem wechselseitigen Austausch über den Entwicklungsstand und fachliche Ansprüche.

Wir wollen gemeinsam mit Fachschaftsräten diese Perspektive und Forderungen vertiefend diskutieren und eine Strategie für die Durchsetzung dessen entwickeln. Dafür berufen wir einen FSRe-Strategietag ein.

Außerdem werden wir mit der LAK die dort begonnene Diskussion mit Bürgerschaftsvertreter*innen für die Beseitigung des „Qualifizierten Attests“ zum Durchbruch bringen und damit eine weitergehende Infragestellung der Restriktionen und des Demokratiedefizits im geltenden HmbHG eröffnen.

Ambivalente Polarisierung - Linker Antifaschismus

Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind fundamentale Grundsätze einer demokratischen Gesellschaft und Orientierungshorizont für antifaschistische Politik. Bildung und Wissenschaft können dabei kulturbildend und lehrreich gegen rechte Mystik wirken und über den humanistischen, emanzipatorischen Impetus und die Wirksamkeit des Bündnisses aller progressiven Weltanschauungen und gesellschaftlichen Kräfte zur Überwindung des Faschismus aufklären.

Zum Start des Wintersemesters bringen wir uns in die **Orientierungseinheiten** ein und organisieren eine AStA-OE, damit sich von Beginn an geschichtsbewusst die Rolle und Verantwortung von Wissenschaft in Gesellschaft angeeignet werden kann. Die Erarbeitung gemeinsamer gesellschafts- und hochschulpolitischer Handlungsmöglichkeiten entgegen der nahegelegten Konkurrenz, Passivität und Prekarität des Bologna-Systems wirkt gegen die vermeintliche „Natürlichkeit“ von Auslese und Anpassung und damit gegen eine Normalität, die die äußersten Rechte stärkt. Über studentische Verbindungen, die die sozial schlechte Lage von Studierenden ausnutzen, wird zum Semesterstart kritisch aufgeklärt.

Peter Fischer-Appelt wurde 1969 zum ersten demokratisch gewählten Universitätspräsidenten der BRD. Der Wahlakt war zugleich ein lebendiger Ausdruck neu erkämpfter Hochschuldemokratie, die heute dringend in Strukturen und Mentalitäten zu erneuern ist. Deswegen veranstalten wir zum 50. Jubiläum eine szenische Lesung dieses Wahlprozesses.

Wir wirken für die **Umbenennung von Straßennamen** in Uni-Nähe, die ein Erbe aus Kolonialzeiten, dem Imperialismus oder dem Faschismus sind. Wegen des Baufortschritts am MIN-Campus wollen wir dort zum Wintersemester beginnen und die Erinnerung an Dr. Martin Luther King Jr. sowie die Umbenennung der Sedanstraße nach einem naturwissenschaftlichen Friedensforscher wie Joseph Weizenbaum mit den Aktivitäten zur Zivilklausel verbinden.

Der AStA bringt sich frühzeitig in das tätige **Erinnern an die Reichspogromnacht 1938** ein und mobilisiert für die Mahnwache am Josef-Carlebach-Platz sowie die Veranstaltung des Auschwitz-Komitees. Er unterstützt im August #unteilbar in Dresden sowie Aktivitäten, die auf die uneingeschränkte Aufklärung des NSU-Komplexes gerichtet sind.

Gemeinsam für die Vielen statt eigenverantwortlich für die Wenigen

Der sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken bedeutet, die wesentliche Hürde für Inklusion auch in der Bildung zu beseitigen und gesellschaftliche Solidarität durchzusetzen. Es geht um die solidarische Entwicklung des Gemeinwesens und die Wiedergewinnung demokratischer Gestaltungsmacht. Ein wichtiger Teil dessen ist die Schaffung adäquater Wohnmöglichkeiten. Zu diesem Zweck ist studentischerseits das Studierendenwerk geschaffen und getragen. Aktuell gibt es aber nur Wohnheimplätze für nicht einmal 5% der Studierenden der öffentlichen Hochschulen in Hamburg.

Wir brauchen daher erhebliche **Investitionen in den Wohnungsbau des Studierendenwerks**, um den Bedarf zu decken. Dabei müssen Mietpreise deutlich unter 40 % des durchschnittlichen monatlichen Einkommens von Studierenden liegen, um sowohl – gerade für internationale Studierende – günstigen Wohnraum zu garantieren, als auch stadtweit politisch Druck für die Senkung des allgemeinen Mietpreisniveaus zu machen. Die Grundstücke sind dem Studierendenwerk von der Stadt kostenfrei zu überlassen oder aus privater Hand zu überführen. Günstiges, kollektives, studienortnahes und demokratisch gestaltetes Wohnen im Studierendenwerk in Einheit mit gesellschaftlich verantwortlicher wissenschaftlicher Praxis ist damit ein Exempel, das es überall zu realisieren gilt.

Dafür unterstützen wir die Organisation von Wohnheim-Aktiven, die diese Forderungen mittragen und mit der Kampagne gegen die Schuldenbremse vor Ort verbinden.

In Vorbereitung der Haushaltsverhandlungen kämpfen wir für eine offensive gemeinsame Positionierung von Studierendenwerk und Studierendenschaft.

Wir überprüfen außerdem schnellstmöglich die Vergabekriterien des Studierendenwerks für Wohnheimplätze und koordinieren und qualifizieren die studentischen Stimmen im Beirat Wohnen des Studierendenwerks.

Für eine Kultur der Solidarität

Die Verfasste Studierendenschaft ist eine erkämpfte Struktur zur politischen Interessensvertretung. Voraussetzung und Ziel des gemeinsamen Engagements ist eine solidarische Kultur unter allen Mitstreiter*innen. Als progressive Aktive der Studierendenschaft wollen wir Initiator*innen und pulsierendes Zentrum einer solchen Kultur sein:

Die politische und solidarische Bewusstseinsbildung u.a. mit Go-Ins in Seminare und Vorlesungen, mit Infotischen, Vollversammlungen, Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen, politischen Aktionen und Kulturveranstaltungen wollen wir entgegen der neoliberalen Einrede, der Mensch sei egoman und ohne Gesellschaft, fördern. Regelmäßige Publikationen sollen ebenfalls zur Ermunterung zum politischen Eingreifen beitragen. Wir nehmen uns vor, die „Außenbereiche“ der Uni stärker u.a. mit Publikationen, Infotischen und Veranstaltungen zu politisieren.

Das Studierendenparlament ist Forum des politischen Disputs und Austauschs zur Entwicklung der gemeinsamen Arbeit. Es soll alle zwei Wochen tagen, öffentlich bekannt gemacht werden und so gestalten sein, dass Kommiliton*innen mitlernen, -diskutieren und -eingreifen können. Dafür bedarf es einer Geschäftsordnung, die eine solche Sitzungskultur unterstützt. Die Wahlen zum StuPa sind in diesem Sinne zu redemokratisieren.

Der Austausch und die Zusammenarbeit aller Hamburger Studierendenschaften sind zu pflegen und auszubauen, weil wir in denselben Auseinandersetzungen arbeiten. Gemeinsame Ambitionen, wie die Zivilklausel im Hamburgischen Hochschulgesetz, wollen wir vertiefen. Die LandesASTenKonferenz ist in diesem Sinne zu beleben.

Hamburg, den 15. Mai 2019

gez. Franziska Hildebrandt